

# VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG  
BUCHVERSAND

D-78266 BÜSINGEN

D-27315 HOYA / POSTFACH 1251

TELEFON (0 77 34) 60 61

TELEFON (0 42 51) 5 61

TELEFAX (0 77 34) 71 12

TELEFAX (0 42 51) 30 70

gegründet am 1. Januar 1951 von Artur Missbach

## 1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

der „Krönungsparteitag“, auf dem der neue SPD-Vorsitzende Martin Schulz mit 100 % der abgegebenen und gültigen Stimmen gewählt wurde, hatte mit einem normalen Parteitag so gut wie nichts gemein. Politische Aussagen gab es praktisch keine – zumindest dann, wenn man nicht gewillt ist „Martin-Martin-Rufe“ oder minutenlangen frenetischen Applaus als solchen zu werten. Und auch in den kommenden Wochen wird es in dieser Hinsicht eher still bleiben. Der neue SPD-Bundeschluss hat jedenfalls bereits angekündigt, daß er dem nächsten Treffen des sogenannten Koalitionsausschusses, in dessen Rahmen die Bundesregierungs-Parteien die politische Arbeit der kommenden Monate abstimmen sollen, fernbleiben wird.

Wer nichts sagt und nichts macht, kann sich nicht unbeliebt machen, dürfte Schulz denken. Und wenn man weitgehend nichtssagend bleibt und sich vor allem als ehemaliger Bürgermeister der kleinen Stadt Würselen darstellt, dann – so mag Schulz' darüber hinausgehendes Kalkül lauten – bietet man auch seinen Kritikern die geringstmögliche Angriffsfläche. Der Hinweis mancher Würseler, daß ihre kleine Stadt „nach Schulz“ in manchen Bereichen durchaus schlechter dastand als vorher, kann schließlich nicht beliebig wiederholt werden. Doch der Termin der Bundestagswahl rückt unaufhaltsam näher. Es bleibt die Frage, wie lange Schulz und die jetzt von ihm geführte SPD noch ihr „Schweigen“ wahren können . . . (tb)

## 2 *US-Regierung säubert Bundesstaatsanwaltschaft*

Bisher 46 von der Obama-Regierung nach politischen Kriterien berufene Bundesanwälte werden nun von der Regierung Donald Trumps zum Rücktritt aufgefordert und damit „rausgeschmissen“. Ihnen wird vorgeworfen, politisch motiviert statt nach dem Gesetz zu handeln. Ferner haben einige dieser Bundesanwälte sich bereits so deutlich politisch geäußert, daß Befangenheit vorliegt und an einer loyalen Mitarbeit im Sinne der aktuellen Regierung gezweifelt werden muß. Interessant ist an der „Säuberungsaktion“ auch die damit verbundene Erkenntnis, daß die Justiz in den Vereinigten Staaten offenbar deutlich enger mit der Politik verwoben ist, als es die in der Verfassung festgelegte, klare Gewaltenteilung eigentlich vermuten ließe. Ferner scheint die neue Regierung zu befürchten, daß notwendige Korruptionsverfahren auch gegen ehemalige Regierungsmitglieder und Teile des Verwaltungsapparates durch die politisch eingesetzten Bundesanwälte nicht ordnungsgemäß durchgeführt werden dürften. Zu groß scheint die Gefahr, daß „alternative Loyalitäten“ in der US-Justiz die Funktionsfähigkeit der neuen Regierung einschränken könnten. (eh)

## 3 *EU-Verteidigungsfonds: Streit um die Finanzierungsfrage*

Zwischen Deutschland, Frankreich und Italien ist ein heftiger Streit über die Finanzierung des neuen EU-Verteidigungsfonds entbrannt. Die deutsche Regierung lehnt dabei die von Paris und Rom bevorzugte Finanzierung des über fünf Milliarden Euro schweren Beschaffungsfonds durch gemeinsam herausgegebene Anleihen entschieden ab. Dies widerspreche, so ist es – noch – aus Berlin zu hören, „den Grundsätzen der guten Haushaltsführung und ist daher keine tragfähige Option für die Finanzierung europäischer Verteidigungsbemühungen“. Inakzeptabel sei darüber hinaus auch der Vorschlag, die nationalen Fondsbeiträge als „einmalige Maßnahme“ zu werten, um dadurch ausgelöste Staatsschulden von den – sehr kurz formuliert – Maastricht-Begrenzungen ausnehmen zu können.

Die Grundzüge des Verteidigungsfonds wurden Ende November von der Europäischen Kommission umrissen, um auf diese Weise die rüstungspolitische Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten zu stärken. In einem ersten „Fenster“ vereinbarte man, in Zukunft jedes Jahr 500 Mio. € aus dem EU-Haushalt zur Erforschung neuer Militärtechnologien bereitzustellen. In einem zweiten Fenster sollen im Rahmen des Eingangs erwähnten Beschaffungsfonds fünf Milliarden Euro für gemeinsam zu beschaffende Hubschrauber und Drohnen bereitgestellt werden. Auf diesen Teil konzentriert sich jetzt der haushaltspolitische Streit.

Ausgelöst wurden die Bedenken und der Streit durch einen Vorschlag der EU-Kommission, nach dem dem Beschaffungsfonds gestattet werden könnte, „projektgebundene Schuldinstrumente“ herauszugeben, die durch Kapital oder Garantien der beteiligten nationalen Regierungen unterlegt werden könnten. Sollte es dadurch zu einer wachsenden Verschuldung einzelner Staaten kommen, sollte dies dann eben als „einmalige Maßnahme“ gewertet werden. Während die Regierungen Frankreichs und Italiens diesen Vorschlag vehement unterstützen, lehnt man ihn in Berlin noch ab. Die deutsche Regierung hätte nun die (theoretische!) Möglichkeit, einen entsprechenden Beschluß noch mittels Veto zu blockieren . . . (tb)

#### 4 Österreich: Ende der „Multikultiträumerei“?

Nach dem „Beschäftigungsbonus“, der bei der Stellenvergabe an Ausländer einen Vorrang für bereits in Österreich ansässige Personen vorsieht, und der „Indexierung“ der Familienbeihilfe, über die im gegenüber Österreich preiswerteren Ausland lebende Kinder weniger Hilfszahlungen erhalten sollen, schlägt Österreichs Außenminister Sebastian Kurz (ÖVP) nun Einschränkungen bei den Sozialleistungen vor. Er strebt an, daß in Österreich lebende EU-Bürger in den ersten fünf Jahren ihres Aufenthalts keine Ansprüche im Rahmen der sogenannten „Mindestsicherung“ oder der „Notstandshilfe“ geltend machen können. Als Einwanderungsland, so Kurz, könne Österreich sich kein „völlig offenes“ und damit „wahn-sinnig attraktives“ Sozialsystem mehr erlauben. Künftig müsse vielmehr gelten, daß unter den in Österreich lebenden Ausländern grundsätzlich nur diejenigen Menschen Sozialleistungen in Anspruch nehmen können, die vorher auch in das System einbezahlt haben. Über die vorstehend erwähnte Fünf-Jahres-Grenze, so Kurz weiter, könne man durchaus noch diskutieren. Er werde jedenfalls auch in Zukunft bemüht sein, die Bildung einer „Sozial-Union“ auf europäischer Ebene zu verhindern.

Zu kämpfen hat Kurz im übrigen auch an anderen politischen Fronten, die sich im Rahmen der Großen Koalition zwischen SPÖ und seiner ÖVP immer wieder auftun. Aktueller Zankapfel ist beispielsweise trotz grundsätzlicher Einigung das sogenannte „Integrationsgesetz“, wo die SPÖ ihre zuerst erteilte Zustimmung zum Verbot vollständiger Verschleierung nun wieder zurückzog. Seitens der ÖVP kann man dieses Verhalten nicht nachvollziehen. Man brauche ein Verbot von „Symbolen der Gegengesellschaft“ und müsse die bisherigen „Multikultiträumereien“ aufgeben, heißt es von dort. (tb)

#### 5 Saudi-arabische Regierung droht US-Ölfirmen

Wir berichteten bereits in den „Vertraulichen“ der vergangenen Woche (Tz. 4 der Ausgabe vom 21.3.2017) über die Warnung und den Versuch Saudi-Arabiens, die im Zuge des angezogenen Rohölpreises wieder erstarkende Ölschiefer- und Frackingförderung auf dem nordamerikanischen Kontinent (hier vor allem in den USA) erneut „anzugreifen“. Bei dem Versuch, der US-Ölindustrie ihre kurzfristig zurückgewonnenen Marktanteile wieder abzunehmen, dürfte die saudische Führung nun starke Verbündete bei den Derivate-emittierenden US-Großbanken gefunden haben.

Diese haben nämlich zum Zwecke der „Ölpreis-Heruntermanipulation“ erhebliche Terminverkäufe zu deutlich niedrigeren Ölpreisen als aktuell notiert eingehen müssen, die nun zu einem finanziellen Fiasko werden könnten. Fachleute schließen deshalb eine neue Allianz zwischen den betroffenen US-Großbanken und Saudi-Arabien nicht mehr aus. Man dürfte versuchen, im gemeinsamen Interesse den Ölpreis wieder herunter zu manipulieren, um den beteiligten Banken die Möglichkeit zu geben, sich eines Großteils der verlustig werdenden Terminkontrakte entledigen zu können. Die Saudis wiederum könnten damit ihrem alten Ziel wieder näherkommen, der halbwegs wiedererstarkten Fracking- und Ölschiefer-Industrie nun gänzlich den Garaus zu machen. (eh)

#### 6 Erdogans „Mission“

Neben seinen unangebrachten und unerträglichen „Nazi-Vorwürfen“ bedachte der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan Deutschland in den letzten Tagen auch mit der wiederholten Warnung, die „Migrationswaffe“ einzusetzen. Dies zeigt, daß er die europäische Hilflosigkeit vor dem anhaltenden Asylansturm klarer als manch anderer durchschaut. Hinzu kommt die einfache Tatsache, daß ein anhaltender Zuzug moslemischer „Flüchtlinge“ nach Europa auch Erdogans missionarischem Weltbild voll und ganz entspricht. Jeder zusätzliche Moslem in Europa stärkt dort schließlich „die islamische Sache“ . . .

Parallel dazu treibt die türkische Religionsbehörde Diyanet die Islamisierung Europas planvoll voran. Die Asylimmigranten liefern schließlich das „beste“ Argument für immer neue Moscheebauten. „Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette“, heißt es schließlich in einem Gedicht des inzwischen verstorbenen türkischen Publizisten und Intellektuellen Ziya Gökalp, dessen Zeilen von Erdogan gerne zitiert werden.

Nach Auffassung des Publizisten Wolfram Weimer verhält sich Erdogan zunehmend wie ein imperialer Sultan, der die islamische Welt vergrößern möchte. Darauf läßt unter anderem seine kürzliche Äußerung am Rande eines Indonesien-Besuchs schließen. „Wir haben nur eine Sorge: Das ist der Islam, der Islam und der Islam“, sagte Erdogan. Weimer beobachtete inzwischen auch, daß Erdogan bei praktisch allen öffentlichen Auftritten seine rechte Hand zum sogenannten „Rabia-Zeichen“ erhebt. Es sind vier in die Höhe gereckte Finger, der alte Erkennungsgruß der ägyptischen Muslimbrüder. Erdogan gibt mit dieser Geste offenbar zu verstehen, daß er den Kampf um einen islamischen Religionsstaat mit allen Mitteln führen will – auch gegen das gesamte Europa. (tb)

#### 7 USA verstärken Besatzungstruppen in Deutschland

In den von den Briten geräumten Kasernen in Deutschland (wie z.B. bei Celle) werden nun zusätzliche US-Truppen stationiert. Die USA verstärken so ihre „Besatzungstruppen“ in Deutschland um weitere 4000 Soldaten. Der Grund dafür ist, daß über Deutschland die Kriege in der Ukraine, Syrien und weiteren Teilen auf dem eurasischen Kontinent koordiniert und organisiert werden sollen. Hinzu kommt, daß nach den noch gültigen „Besatzungsverträgen“ mit Deutschland diesem die Kosten für das US-Militär weitgehend aufgebürdet werden können. Auf diese Weise schafft es die US-Administration nicht nur, zusätzliche Besatzungskontrolle in Deutschland aufzubauen, sondern einen immer größeren Teil ihrer Militärausgaben durch die „Vasallen“ (Zbigniew Brzezinski: „Deutschland ist ein Vasallenstaat“) bezahlen zu lassen. Inwieweit von US-Seite weitere Kriege mit und über Deutschland vorbereitet werden, ist noch nicht abschätzbar. Sicherlich dürften aber bei Angela Merkels Besuch in den USA auch derartige Fragestellungen besprochen worden sein. (eh)

## 8 „Verbindliche“ Gentests in den USA?

Im politischen Getöse um die von US-Präsident Donald Trump angestrebten Einreiseverbote stimmte ein Komitee des US-Repräsentantenhauses von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt einem Gesetzentwurf zu, dessen Realisierung das Leben etlicher US-Amerikaner (und ggf. auch anderer) drastisch verändern könnte. Es geht um den rechtlichen Versuch, den Unternehmen des Landes die Möglichkeit zu geben, von ihren Angestellten die Durchführung von Gentests verlangen zu können und die Ergebnisse mitgeteilt zu bekommen. Es geht dabei ganz offenkundig um die Disposition einzelner Mitarbeiter für langwierige und schwere Erkrankungen, die sich zwangsläufig auf deren Berufstätigkeit auswirken würden.

In aktuellen Stellungnahmen warnten nun auch europäische Genforscher vor einem derartigen rechtlichen Schritt. Schließlich gehe es bei diesen Tests nur um die Feststellung eines erhöhten Risikos, eines Tages an bestimmten Krankheiten zu leiden, nicht jedoch um eine mehr oder weniger feste „Krankenprognose“. Die Sorge der europäischen Genforscher vor dieser möglichen Entwicklung in den USA ist im übrigen sehr berechtigt: Erfahrungsgemäß schwappen Vorstöße im Bereich der Bioethik stets auch nach Europa über . . .! (tb)

## 9 „Es ist wichtig, daß wir uns auch auf Undenkbares vorbereiten . . .“

Anfang März übten in einer dreitägigen Übung Spezialisten aus sechs Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein) sowie des Bundesinnen- und -verteidigungsministeriums die mögliche Zusammenarbeit von Polizei und Bundeswehr im Terrorfall. Man unterstellte dabei ein Szenario, bei dem Terroristen Deutschland über einen längeren Zeitraum hinweg mit Anschlägen übersäen.

Da ein Bundeswehreininsatz im Inneren unseres Landes rechtlich „problematisch“ ist, unterstellte man auch bei der Übung, daß die Einsatzführung stets in den Händen der zuständigen Polizeibehörden verbleibt und die Bundeswehr dort unterstützend tätig wird, wo die erforderlichen Polizei-Kapazitäten nicht ausreichen oder gar nicht vorhanden sind. „Ein solches Zusammenwirken muß geübt werden, die Räder müssen ineinander greifen, die Meldewege müssen funktionieren“, sagte dazu Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU). Und er fügte an: „Es ist wichtig, daß wir uns auch auf Undenkbares vorbereiten, damit in einer solchen Lage agiert werden kann.“

Für die Bevölkerung war die Übung nicht wahrnehmbar, es wurden weder Straßen gesperrt noch Panzer aufgefahren. Es ging darum, Alarmketten zu testen und Kommunikationsabläufe zu üben. Dabei – und das sollte nach Auffassung kritischer Beobachter nicht unbeachtet bleiben – wurde in dem Szenario den Bundeswehrsoldaten erstmals auch die Durchführung von Zwangsmaßnahmen gestattet, bis hin zum Waffengebrauch. Ob dies mit dem Grundgesetz überhaupt vereinbar und/oder anzustreben ist, darüber gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen, die sich im übrigen beinahe quer durch alle politischen Parteien ziehen! (tb)

## 10 „. . . dann werden wir eines Tages von den Wählern . . . weggefegt“

Ein Leser sandte uns dieser Tage eine schon ältere Notiz „wahrscheinlich aus dem Schwarzwälder Boten“, in der ein interessantes Zitat des früheren SPD-Bundestagsfraktionschefs Herbert Wehner – der im übrigen nicht gerade ein „Freund“ der „Vertraulichen“ gewesen sein soll – abgedruckt war. Wehner sagte danach während einer Sitzung des SPD-Parteivorstandes am 15.2.1982: „Wenn wir uns weiterhin einer Steuerung des Asylproblems versagen, dann werden wir eines Tages von den Wählern, auch unseren eigenen, weggefegt. Dann werden wir zu Prügelknaben gemacht. Ich sage euch – wir sind am Ende mitschuldig, wenn faschistische Organisationen aktiv werden. Es ist nicht genug, vor Ausländerfeindlichkeit zu warnen – wir müssen die Ursachen angehen, weil uns sonst die Bevölkerung die Absicht, den Willen und die Kraft abspricht, das Problem in den Griff zu bekommen.“ Wir danken dem Leser für diese Zuschrift. (tb)

## 11 „Die Hebel der Macht“

Der Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim ist „so etwas wie der Stachel im Fleisch der Parteien“, meinte Christian Nürnberger vor wenigen Tagen in der „Süddeutschen Zeitung“. Er bezog sich dabei auf von Arnims neues Buch **„Die Hebel der Macht – und wer sie bedient“**, in dem der renommierte Staatsrechtler mit der die Volkssouveränität immer mehr ersetzenden Parteienherrschaft abrechnet. Für den erfahrenen Staatsrechtler sind es, das darf vorweg verraten werden, gerade die politischen Parteien, die hierzulande und in anderen demokratischen Ländern zwar nicht „an allem“ schuld sind, die aber wie keine andere Größe das jeweilige Land gestalten und ihm „ihren Stempel“ aufdrücken.

Es sind die Parteien, die zumindest in den westlich geprägten Demokratien einen nachhaltigen Einfluß auf das tägliche Leben der Bürger ausüben. Und dies nicht in erster Linie zum Nutzen dieser Bürger (oder Wähler), sondern im eigenen Interesse und damit dem der „verdienten Parteigänger“, lautet von Arnims zentrale Kritik.

Von Arnim deckt auf, welche Mittel und Methoden sich die politische Klasse bedient, um die geltenden Regeln zu ihrem jeweiligen Vorteil auszunutzen oder gar umzugestalten. **„Die Hebel der Macht“** (448 Seiten) kann ab sofort für 21,95 € (im Inland versandkostenfreie Lieferung) über unseren Buchdienst in Hoya (Verlag Arbeit und Wirtschaft OHG, Postfach 1251, D-27315 Hoya/Weser, Tel.: 0 42 51/5 61, Fax: 0 42 51/30 70, E-Mail: buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de, Internet: www.vertrauliche-mitteilungen.de) bezogen werden. (tb)

## 12 Deutsche Luftwaffe im „Kampfeinsatz“

Von der deutschen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, sind seit Dezember 2015 deutsche Tankflugzeuge im Rahmen des sogenannten „Bundestagsmandats“ beinahe täglich über Syrien im Einsatz. Sie versorgen Kampffjets und Bomber anderer Nationen mit Kerosin, darunter auch die französischen Rafale-Jets. Laut den Daten der Flugbereitschaft des Verteidigungsministeriums absolvierten deutsche Tankmaschinen allein im Winter 2015 und Frühjahr 2016 vom türkischen Luftwaffenstützpunkt in Incirlik aus über 120 Flüge zur Versorgung anderer Maschinen. (tb)

## 13 „Betreuungsschlüssel von eins zu zwei . . .“

Obwohl er in den letzten Wochen besoldungstechnisch selbst in der Kritik stand, sollte man einer kürzlichen Anmerkung des Chefs der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, Beachtung schenken: „Ein Schulplatz an einem Elitegymnasium am Bodensee kostet knapp viertausend Euro, ein Platz in einem Pflegeheim so viereinhalbtausend Euro. Die Unterbringung eines minderjährigen unbegleiteten Flüchtlings zwischen acht- und zwölftausend Euro. Wandern, ab und zu mal einen Reitkurs, Kampftraining – immer ganz wichtig bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, die kommen ja eher als ungeübte Straßenschläger her, die müssen wir zu perfekten Totschlägern ausbilden. Und das alles in einem guten Ambiente natürlich, mit einem Betreuungsschlüssel von eins zu zwei. In unseren Pflegeheimen beschäftigen wir nachts eine meistens unterbezahlte Nachtschwester für fünfzig Menschen.“ Dem ist nichts hinzuzufügen. (tb)

## 14 E.ON und Deutsche Bank decken Verluste mit neuen Aktien

In den vergangenen Wochen kletterte der Deutsche Aktienindex auf neue Höchststände. Dies gibt den falschen Anschein, als würde es den DAX-Konzernen bestens gehen. Ein ganz anderes Bild zeichnen jetzt z.B. die jüngsten Aktienimmissionen zweier DAX-Schergewichte. Hier ist zum einen E.ON zu nennen, wo 2016 noch ein Bilanzverlust in Höhe von 16 Mrd. Euro zu verkräften war. Bei einer Marktkapitalisierung von knapp über 15 Mrd. Euro (derzeitiger Wert) sorgt die nun angestrebte Kapitalerhöhung für ein eher verhaltenes Bild von Deutschlands ehemaligem „Energieriesen“.

Nicht viel besser sieht die Situation bei der Deutschen Bank aus. Deutschlands größtes Bankhaus will bei einem Börsenwert von 25 Mrd. Euro acht Mrd. Euro über eine Kapitalerhöhung einsammeln. Dies ist bereits die vierte Kapitalerhöhung seit 2010, über die dem Bankhaus dann insgesamt 30 Mrd. Euro zugeflossen sein werden. Ungewiss bleibt auch nach der Kapitalerhöhung, ob drohende Risiken aus dem über 5000 Mrd. Euro großen Derivatebuch der Deutschen Bank oder weitere Verluste wegen der Null-Zins-Politik der EZB aufgefangen werden können. Bankintern wird bereits offen über eine Abspaltung der kritischen Bereiche diskutiert. Gleichwohl scheint das Bankhaus bereits im Vorfeld der Kapitalerhöhung ausreichend Interessenten für Aktienpakete organisiert zu haben, die notfalls – wenn keine ausreichende Nachfrage aus dem Markt kommt – die neu zu emittierenden Aktien erst einmal übernehmen würden. Es handelt sich dabei überwiegend um Bankkollegen. (eh)

## 15 Ferdinand Piëch verkauft seine VW-Anteile

Unter der Führung des Porsche-Enkels Ferdinand Piëch wuchs VW zum größten Autobauer der Welt heran. Dabei schaffte es der mittlerweile 79jährige Patriarch nie vollständig, die verkrusteten Gewerkschaftsstrukturen des VW-Konzerns aufzulösen und ihn auch in diesem Bereich zu modernisieren.

Als größter Autobauer der Welt ist VW längst in den Fokus internationaler Heuschrecken geraten. Diese haben aber nicht die Möglichkeit, sich Stimmrechte an dem Wolfsburger Konzern zu sichern, weil im Rahmen des Deutschen Aktienindex lediglich Vorzugsaktien gehandelt werden und die stimmrechtsfähigen Stammaktien sich in festen Händen, überwiegend in der Familie Porsche/Piëch, befinden.

Wenn Ferdinand Piëch nun seine Anteile verkaufen möchte, haben die übrigen Familienmitglieder ein Vorkaufsrecht. Über eine gemeinsame Holding kontrollieren sie mehr als die Hälfte der Stimmrechte. Um diese Mehrheit nicht zu gefährden, ist das Vorkaufsrecht innerhalb der Familie seinerzeit organisiert worden. Die Verwandten von Piëch müssen für die 14,7 % Stammaktien an der Porsche SE, die wiederum die Mehrheit der Volkswagenstimmrechte kontrolliert, ca. 1 Mrd. Euro aufbringen. Angesichts der grundsätzlich guten Ertragslage des Konzerns wäre dies ein sicherlich lohnendes Investment.

Die Gründe für den Rückzug Piëchs wurden offiziell nicht bekannt. Ob es persönliche Verstrickungen Piëchs in die sogenannte Diesel-Affäre, innerfamiliäre Streitigkeiten wegen der verhinderten Komplettübernahme des Konzerns durch die Porsche AG oder rein persönliche Gründe sind, bleibt im Bereich der Spekulation. Als weitgehend sicher darf aber angenommen werden, daß die Erben Ferdinand Porsches die Mehrheit der Stimmrechte im Konzern auch weiterhin behalten dürften. (eh)

## 16 Grüne fordern deutsch-türkischen Fernsehsender

Damit der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seine „falsche Propaganda“ nicht weiterhin über türkische Radio- und Fernsehsender nach Deutschland tragen könne, fordert Grünen-Chef Cem Özdemir nunmehr die Gründung eines zwangsgebührenfinanzierten, öffentlich-rechtlichen deutsch-türkischen Fernsehsenders. Nur so könne man erreichen, „daß diejenigen, die aus der Türkei nach Deutschland gekommen sind, hier eine neue Heimat finden, und zwar auch politisch“. Kritiker geben zu bedenken, daß Özdemir und seine Parteifreunde möglicherweise nun auch ganz einfach die Stunde gekommen sehen, einem alten Wunschdenken neuen Nachdruck zu verleihen. (tb)

## 17 Für Sie aufgelesen:

„Im hohen Alter hatte er seine Liebe zum Pferd wieder entdeckt, wovon ein kürzlich geborenes Fohlen Zeugnis ablegt.“